

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

23.2.1924 (No. 46)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Angelegenheiten sind bis zum 1. März d. J. zu erledigen. Die Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Beitreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Griechenlands auswärtige Politik

Aus Athen wird uns geschrieben:
Seit dem Rücktritt der Revolutionsregierung Plastiras-Bonatas ist in den Beziehungen Griechenlands zu den verschiedenen Mächten eine Entspannung eingetreten. England, das seit der Einrichtung der konstantinischen Minister insbesondere Gunaris fürnte, die ihr Vertrauen auf England mit dem Tode büßen mußten, hat erklärt, daß es die unterbrochenen diplomatischen Beziehungen wieder als aufgenommen betrachte. Ebenso Italien, das durch den Geschäftsträger De Faccendi vertreten wird, mit dem Venizelos Ende Januar mehrfach zusammentraf, um über die Zwölfstündfrage und andere beide Länder angehenden Angelegenheiten zu verhandeln. Der italienische Gesandte Montagna, italienischer Delegierter in Lausanne, wird übrigens nicht nach Athen zurückkehren, sondern ist für Konstantinopel in Aussicht genommen.

Auch mit Rußland werden Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Beziehungen geführt, die bisher recht anormal sind, da in Athen noch immer der zaristische Gesandte, Prinz Demidoff, residiert und bisweilen sogar als Doyen auftritt, wie legihm beim Abschied des nach Berlin verlegten südslawischen Gesandten Valucic. Die Moskauer Regierung ist über diesen Zustand wenig begeistert. Auch erinnert sie sich mit einigem Groll, daß Venizelos 1919 griechische Truppen in die Ukraine sandte, um an dem Kampf der Entente gegen den Bolschewismus teilzunehmen; ein gänzlich verfehltes Unternehmen, das die zahlreichen Griechen in Südrußland bitter büßen mußten, während die östlichen Verbrüderungen der Entente uneingelöst blieben. Dieser unpräzise Auszug Venizelos' war ein Vorpiel seiner in großem Stil durchgeführten Expedition nach Anatolien, die gleichfalls die tragischen Folgen für das dortige blühende Griechentum hatte.

Auf Grund der Vorbesprechungen des nach Moskau entsandten Admirals Kafulis, ist der griechische Gesandte in Berlin, Kanellopoulos, beauftragt worden, mit dem dortigen Sowjetvertreter Verhandlungen einzuleiten. Wie bekannt sollen auch die südslawisch-russischen Verhandlungen durch die Berliner Vertreter der beiden Regierungen geführt werden.

Auch mit den Türken hatte anlässlich der Übernahme der Regierung durch Venizelos ein Austausch von Söflichkeiten stattgefunden. Zsmet Pascha begrüßte ihn in einem freundlichen Telegramm. Als griechischer Geschäftsträger in Angora fungiert Herr Politis, die diplomatische rechte Hand Venizelos' während des Weltkrieges seit 1917 und später während der Friedensverhandlungen. Herr Politis, seines Zeichens Professor des Völkerrechts und als solcher lange an französischen Hochschulen tätig, gilt als der gewiegteste Diplomat Griechenlands. Die Angora-Regierung ihrerseits hat Nebil Bey als Geschäftsträger nach Athen geschickt, der am 25. Januar von Venizelos offiziell empfangen wurde. Venizelos benutzte den Anlaß, um das Lob Zsmet Paschas zu fingen, dessen Takt und hohe Begabung er in Lausanne schätzen gelernt habe, und versprach, alle seine Bemühungen auf die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu richten. Über die vielen Schwierigkeiten, die das gewaltige Problem des Bevölkerungsaustausches bietet und die Klagen der hiervon betroffenen unglücklichen Bevölkerungen glitten beide mit einigen stereotypen Phrasen hinweg.

Die Washingtoner Regierung hat in Athen mitgeteilt, daß sie demnächst dort einen Gesandten bestellen und damit normalen Beziehungen wieder aufnehmen wolle.

Die Sachverständigen-Ausschüsse

Die beiden Sachverständigenausschüsse haben am Freitag in Paris wieder längere Sitzungen abgehalten. Das Komitee des Generals Dawes hat den vom Unterausschuß vorgelegten Statutenentwurf für die zu gründende Goldemissionsbank in Empfang genommen. Der größte Teil der Sitzungen wurde mit der Erörterung der Eisenbahnfragen ausgefüllt. Die beiden Sachverständigen Komittees und Adorich verlangen, daß auch die Eisenbahn in Rheinland und im Ruhrgebiet dem deutschen Eisenbahnbau wieder einverleibt wird, damit die Reichseisenbahn als Garantie für eine internationale Anleihe dienen könne.

Das Komitee Mac Kenna, das sich in den letzten Tagen in eingehender Weise mit den Berichten der Sachverständigen beschäftigt hat, die in Berlin mit den Großbanken verhandelt, hat sich bis zum 3. März vertagt. In der Zwischenzeit werden die einzelnen Sachverständigen auf Grund der Unterlagen der Sachverständigen der deutschen Auslandsgutböden vornehmen.

Stresemann über die deutsch-französischen Beziehungen

Beginn der großen politischen Aussprache am Dienstag

Am Freitag wurde im Reichstag die Palzdebatte zu Ende geführt. Reichsaussenminister Stresemann beschäftigte sich dabei mit der französischen Rheinpolitik. Er zeigte, wie sich die Reichsregierung in den letzten Monaten auch auf diplomatischem Wege nach Kräften bemüht habe, das Recht des Vertrages gegen die Willkür der französischen Besatzungsbehörde zu verteidigen.

Die deutsche Note vom 2. Febr. ist, wie man weiß, von der franz. Regierung sachlich überhaupt nicht beantwortet worden und das amtliche Beweismaterial, das außerdem in Paris zum Beweise für die engen Zusammenhänge zwischen den Separatisten und den Besatzungsbehörden vorgelegt worden ist, hat, wie Dr. Stresemann unter Entrüstungsrufen des Hauses mitteilte, Herr Poincaré am Freitag dem deutschen Votschaffer wieder zurückgegeben, ohne in eine Prüfung überhaupt einzutreten. Es ist eine Ausrade, wenn man in Paris behauptet, man könne sich nicht in die Streitigkeiten zwischen Deutsche mischen. Wenn man nur diese Behauptung wirklich einmal wahr machen wollte, dann wäre der Separatistenpuls in 24 Stunden verfliegen. Bedauerlich ist nur, daß durch die negative Haltung der Pariser Stellen die politische Atmosphäre, die für eine deutsch-französische Verständigung notwendig ist, nicht verbessert wird.

Nach Beendigung der Aussprache über die Palz erledigte der Reichstag noch eine Reihe von Anträgen des Geschäftsordnungs-Ausschusses über die Strafverfolgung von Abgeordneten usw.

Nach den Beschlüssen des Ältestenrates des Reichstages soll der Samstag und der Montag sittingsfrei bleiben. Am Dienstag soll dann die große politische Aussprache beginnen. Sie soll mit einer Rede des Reichskanzlers eingeleitet werden. Die Aussprache wird sich anknüpfen an die Einbringung des vorläufigen Haushaltsplans (Notetat für 1924) und an die Änderungsanträge zu den Notverordnungen. Die Aussprache dürfte die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen.

Die Frage der Wahlreform wurde noch einmal im Ältestenrat besprochen. Es herrschte bei allen Parteien Übereinstimmung darüber, daß die Wahlreform vom alten Reichstag nicht mehr erledigt werden soll.

Deutscher Reichstag

22. Febr., Berlin, 22. Februar.

Beginn 2 Uhr nachmittags. Die Besprechung der Palzinterpellationen wird fortgesetzt.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann: Die Nennung der besetzten Gebiete, zu denen auch das Saargebiet gehört, gehört zu dem Gesamtkomplex der deutsch-französischen Beziehungen, die in der nächsten Woche erörtert werden sollen. Die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes in der Palzfrage kann man nicht als inaktiv bezeichnen (Sehr richtig). Wir werden demnächst ein Weißbuch herausgeben, indem unsere sämtlichen in dieser Frage unternommen Schritte dargestellt werden. Es ist auch nicht richtig, daß wir die letzte französische Palznote schweigend hingenommen hätten. Auf unsere erste Verwerfung hat die französische Regierung es abgesehen, die einzelnen Punkte auch nur zu prüfen (Hört, hört). Sie hat auch von vornherein unsere künftigen Beschwerden verächtlich. In unserer Note vom 20. Februar haben wir das französische Zusammenwirken mit den Separatisten nachgewiesen. Der deutsche Votschaffer in Paris meldet heute, daß ihm diese Note zurückgegeben worden sei (Hört, hört und erregte Zurufe). Frankreich lehne es ab, sich in innerdeutsche Verhältnisse einzumischen. Ah, wenn sich doch Frankreich an den Dingen nicht beteiligen wollte, dann wäre der Separatistenpuls in 24 Stunden erledigt (Lebhafte Zustimmung). Die von der französischen Propaganda in der Welt verbreiteten Reden über die Vorgänge in der Palz beginnen sich zu verteilen. Die Welt wird es auch verstehen, wenn die so furchtbar terrorisierte Bevölkerung der Palz schließlich zu Latein gekommen ist, die juristisch zu beurteilen sind, die aber vor Gott und dem Göttlichen im Menschen, dem Gewissen, durchaus zu verteidigen sind (Lebhafte Beifall). Die deutsch-französische Frage ist nicht allein auf materielle Weise zu lösen, sie ist nicht nur eine Frage von Kohle und Erz, von Goldnotenbank und Reparationen, sondern jede Verständigung muß ausgehen von dem Verhältnis der Völker zu einander. Wir wollen materielle Opfer bringen, aber das kann unser Volk nur, wenn es das Gefühl hat, daß es mit diesen Lasten die betragsmäßige Freiheit sich erwirbt, auf die es ein Recht hat. Der Kampf des deutschen Volkes um seine Menschenrechte wird bleiben, auch wenn man unsere Noten zurückweist (Beifall). Wenn dieser Kampf Opfer fordert, so fällt die Schuld daran zurück auf die intellektuellen Urheber dieses Raubes der Menschenrechte (Lebhafte Beifall).

Abg. Denning (Deutsch-Völk.): Das französische Vorgehen ist nicht mehr Machtgefühl, das ist Sabotage. Es gibt keine Nation, die so jeder Ritterlichkeit bar und so unästhetisch ist, wie das französische Lumpenvolk. Das Recht, die ewigen Rechte aus dem Himmel zu holen und zum letzten Mittel zu greifen, muß dem ganzen deutschen Volke zugestanden werden. Kommen aber wird der Tag, wo das deutsche Volk, dessen Ehre von diesem degenerierten Franzosenvolk täglich mit Füßen getreten wird, in der Verzweiflung zu den Waffen greift wie 1813.

(Beifall.) Der Redner kritisiert dann die Haltung der deutschen Regierung Frankreich gegenüber als zu wenig energisch.

Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion): Die französischen Chauvinisten, die den Separatismus fördern, begehen geradezu ein Verbrechen am Weltfrieden. Sie peitschen die nationalistischen Instinkte auf und verhindern die Verständigung der Völker. Nichts ist falscher als die von den Deutschnationalen und Völkischen verbreitete Behauptung, das ganze französische Volk stünde hinter Poincaré. Dessen Mehrheit bröckelt sogar im Parlament immer mehr ab. Mit dem Frankentum wird auch Poincaré stürzen, denn die Franzosen sagen vom Frankentum: „C'est la Ruhr". Die falsche Politik des Ruhereinbruchs wird immer mehr vom französischen Volke erkannt. Poincaré findet Unterstützung nur durch die hier von der Regierung gehaltenen Reden, in denen das ganze französische Volk falsch beurteilt und beschimpft wird.

Nach einem Schlußwort des Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Zentr.) wird der Antrag der Deutschnationalen auf Strafverfolgung der Separatisten dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgen die Berichte des Geschäftsordnungsausschusses über Änderung der Geschäftsordnung. Danach soll eine Anweisung der Beschlußfähigkeit des Hauses nur unmittelbar vor einer Abstimmung zulässig sein und durch namentliche Abstimmung darüber entschieden werden! Abg. Eichhorn (Komm.) bekämpft die Vorschläge. Sie werden mit 177 gegen 108 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Ein Antrag der Deutschnationalen, der gegen den General von Seekt und den Reichswehrminister Beschwerde führt, wird dem Ausschuß überwiesen.

Angenommen wird eine Entschließung Wasmuth (D-Mittl.) auf Einbringung eines Gesetzesentwurfes, wonach immunisierte Abgeordnete nicht als Redakteure verantwortlich gezeichnet dürfen.

Ein Antrag des Oberreichsanwaltes auf Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschvölkischen Abg. von Graefe wegen Hochverrats wird angenommen, nachdem Abg. v. Graefe selbst darum ersucht hat.

Zu einem Ersuchen auf Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgg. Fröhlich, Koenen, Kemmele, Glöckler und Frau Reiffen wegen Hochverrats beantragt der Ausschuß die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen, zur Verhaftung zu verweigern. Die Angelegenheit wird vertagt.

Am 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag nachm. 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Notetat und die große politische Aussprache.

Interpellationen und Anträge

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat außer einer großen Zahl von Anträgen auf Abänderung der unter dem Ermächtigungsgesetz erlassenen Verordnungen eine Interpellation „zugunsten des schaffenden Volkes“ eingebracht, die auf die „Mitarbeitslosigkeit und ihre Ursachen: Abfahrtskrise, Schwinden der Kaufkraft usw. hinweist. Stellung gegen das Vorgehen der Industrie nimmt und schließlich die Regierung fragt: Ist die Regierung bereit: 1. in Übereinstimmung mit der Politik des englischen Arbeitsministers das Washingtoner Abkommen über den achtstündigen Arbeitstag sofort zu ratifizieren; 2. endlich die vom Reichstag wiederholt gefassten Beschlüsse auf Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auszuführen und die zu derselben Frage vorliegenden umfassenden Vorschläge der Gewerkschaften zu beachten; 3. gegen den von der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände organisierten Widerstand und die von dort betriebene offene Gesetzessabotage zum Zwecke der Beseitigung der Tarifverträge und der staatlichen Schlichtungsorgane entschiedene Abwehrmaßnahmen zu treffen, den Arbeitern und Angestellten einen ausreichenden Lohn zu gewähren; 4. die Schlichtungsausschüsse anzuerkennen, die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden nur bei zwingendem Nachweis volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und nur von Zeit zu Zeit verbindlich zu erklären; 5. was gedenkt die Regierung zu tun, um zu verhindern, daß durch einen anhaltenden Lohnabbau und eine übermäßige verlängerte Arbeitszeit, die beide produktionshemmend wirken, erneut die außenpolitisch gefährliche Auffassung entsteht, als wäre in nächster Zeit eine Schmutzkonturrenz von Deutschland auf dem Weltmarkt zu erwarten?

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat nunmehr einen Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernverordnung eingebracht.

Bekanntlich hat die Reichsregierung zwar gegen eine Abänderung dieser oder jener Bestimmung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen prinzipiell nichts einzuwenden. Sie hat sich jedoch wiederholt mit Bestimmtheit dafür ausgesprochen, daß sie eine eventl. Aufhebung einer ganzen Verordnung durch den Reichstag nicht hingehen lassen würde, ohne daraus die Konsequenzen zu ziehen. Mit diesem deutschnationalen Antrag wäre also wiederholt ein neuer Konfliktstoff gegeben. Da auch die Sozialdemokraten, die eben mitgeteilten verschiedenen Anträge zu den Notverordnungen gestellt haben, kann man sich auf scharfe Kämpfe im Verlauf der nächsten Woche gefaßt machen.

Erhöhung der Personentarife am 1. März

In der Frage der Erhöhung der Fahrpreise für die dritte und vierte Klasse auf den Eisenbahnen wird die Entscheidung nun in den nächsten Tagen fallen. Wie der Reichsverkehrsminister kürzlich erklärt hat, betragen die täglichen Zuschüsse, welche die Reichsbahnverwaltung für den Personenverkehr aufzubringen hat, beinahe eine Goldmillion. Man denkt deshalb an eine Erhöhung der Tarife in den genannten beiden Wagenklassen, für die diese Ausgleichszuschüsse aufgebracht werden müssen, und zwar ist da eine Erhöhung um etwa 36 Prozent geplant. Von dieser Erhöhung werden die Einzelkarten im Besonderen der Großstädte nicht ausgenommen werden, doch soll der Preis der Zeitkarten gleichbleiben. Die neuen Tarife werden bereits am 1. März in Kraft treten.

Politische Neuigkeiten

Ueber Frankreichs Wiederaufbau

macht Dr. Richard Lewinsohn in der „Post“ folgende Mitteilungen. Er führt u. a. aus: In Frankreich gibt es nicht nur Wiederaufbauarbeiten, sondern es gibt auch einen Wiederaufbau. Noch sind in vielen Orten Mauer und Zimmerleute am Werk, aber der größte Teil der Arbeiten ist getan, und noch in diesem Jahre hofft man, mit dem Wesentlichen fertig zu werden. Schon jetzt sind vier Fünftel der zerstörten Häuser wiederhergestellt. Für vier Millionen Menschen sind Wohnstätten geschaffen und Werkstätten erbaut, Wege angelegt und Eisenbahnen instandgesetzt. Drei Millionen Hektar Land sind wieder urbar gemacht, und 4000 Fabriken errichtet. Die Flüsse verkehren wieder, die Schornsteine rauchen, und die Felder tragen wieder Frucht. Nur das Fehlen der Bäume erinnert noch allenthalben daran, daß hier ein Land zur Wüste gemacht wurde. Ein paar Stellen gibt es, wo die Zerstörungskraft des Kriegs siegt hat, am Chemin des Dames, bei Verdun oder wo sonst der Boden und alles was darauf stand „pulverisiert“ zu Staub gemahlen war. Da hat man nicht erst versucht, ganz von vorn anzufangen. Aber es ist schon von imposanter Größe, was in den letzten Jahren im Norden Frankreichs geleistet wurde. Gewiß, bei uns wäre es vielleicht schneller gegangen, und wohl auch planvoller. Man hat sich drüben Zeit gelassen, bevor man sich recht an die Arbeit machte, und es war wohl nicht nur Faulheit und Schlamperei, sondern man hat wohl schon ein bißchen mit seinen Leiden lekturiert.

Daß der Wiederaufbau in den ersten Jahren nach dem Kriege nur langsam in Gang kam, lag zum Teil auch an dem Mangel geeigneter Arbeiter. Die Kriegsverluste haben das geburtenarme Frankreich schwerer getroffen als die Länder Mitteleuropas. Die Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften, einzuspringen und deutsche Arbeiterbataillone zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete herüberzuschicken, war gut gemeint, aber beruhte auf falschen psychologischen Voraussetzungen. Die Bevölkerung der „befreiten“ Provinzen ist zwar weit weniger nationalistisch gefimmt als das Kleinbürgertum Mittel- und Ostfrankreichs. Den deutschen Arbeitern wäre es aber ihr Lebenlang im Gedächtnis geblieben, daß sie für Frankreich Mangelarbeit leisten mußten, und der französische Arbeiter hätte in dem deutschen einen unliebsamen Konkurrenten gesehen. Dem widerspricht nicht, daß man schließlich in großem Umfang ausländische Arbeiter zum Wiederaufbau heranziehen mußte: Italiener, Polen, Tschechen, hier und da sogar Chinesen. Denn diese Verbündeten wurden angeworben, wo man Arbeitskräfte brauchte. Die deutsche Hilfe aber sollte großzügig organisiert werden, und das schärfste begehrteste aber auch gab jedenfalls den französischen Unternehmern, denen um ihren Gewinn bangte, ein billiges Agitationsmittel in die Hand.

Tatsächlich ist der Wiederaufbau für das französische Unternehmertum ein ganz großes Geschäft gewesen. Aber es entspricht nicht dem wirklichen Sachverhalt, wenn man, wie es so oft in der deutschen Presse geschieht, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als „ein einziges Kamama“ bezeichnet. Gerade die ewigen Skandalaffären in Frankreich zeigen, daß es dort nicht nur Mißbrauch öffentlicher Gelder u. Fälle von Korruption gibt, sondern daß sie dort auch aufgedeckt und von der Öffentlichkeit gebührend getadelt werden. Die 500 Strafverfahren und die 200 Verurteilungen, über die kürzlich der Wiederaufbauminister Ribot in der Kammer berichtete, sind ein Beweis dafür, daß wenigstens die nachträgliche Kontrolle dieser Arbeit nicht in anderen Ländern. Die eigentliche Großindustrie hat es nicht notwendig gehabt, sich unrechtmäßig zu bereichern. Für sie fiel auf den Wegen, die das Gesetz zuließ, genug ab. Die Iltaläter, die an den Tronquer gestellt wurden, waren meistens mittelere oder kleine Unternehmer, die dieser Gelegenheit, schnell zu Geld zu kommen, weidlich ausnutzen wollten. Die Schätzungen darüber, wieviel durch Korruption beiseite gebracht worden ist, gehen weit auseinander. Im ganzen dürfte wohl der fünfte bis sechste Teil, also immerhin eine Summe von drei bis vier Milliarden Goldmark in die unrechten Hände gekommen oder jedenfalls unnötig verausgabt worden sein.

Das ist eine gewaltige Summe. Deutschland, das die Kosten des Wiederaufbaues bezahlen soll, hat ein Recht darauf, dafür zu interessieren, wodurch diese Kosten zustande kommen. Aber man sollte bei uns nicht vergessen, daß es sich bei dem „Wiederaufbaufandal“, wenigstens vorläufig, um eine innerfranzösische Angelegenheit handelt, und die Franzosen aller Parteien werden uns keine Berechtigung zuerkennen, über diese vier Milliarden zu verhandeln, solange die übrigen 22 Milliarden nicht bezahlt sind. Einem Konkurrenten, mit dem man geschäftlich ins Reine kommen will, kann man nicht von vornherein sagen: „Eigentlich bist du doch ein Betrüger. Du hast gar nichts aufgebaut, und für deine Korruption sind wir nicht haftbar.“ Daß es beim Wiederaufbau nicht überall ordnungsgemäß zugeht, sei bereit Sache der Franzosen. Wir selbst aber müssen uns mit der Tatsache vertraut machen, daß Nordfrankreich tatsächlich wieder aufgebaut ist.

Der Pfalzskandal

Die Ziele der französischen Propaganda sind durch Aufzehrung des französischen Bezirksdelegierten in Birmanens wieder klargestellt. Der Bezirksdelegierte ließ den Bürgermeister von Birmanens zu sich kommen und beauftragte ihn, die bei dem Sturm auf das Bezirksamtgebäude verbliebenen Feuerwaffen einzusammeln zu lassen. Der Bürgermeister lehnte dies aber mit der Bemerkung ab, daß er keine Schlüssel zur Verfügung habe, worauf der Delegierte von ihm eine namentliche Liste der Beteiligten verlangte. Auch dies lehnte der Bürgermeister ab. Daraufhin erklärte der Bezirksdelegierte, er wisse, daß auch rechtsrheinische Nationalisten beteiligt gewesen seien. Auf die Erklärung des Bürgermeisters, ihm sei hierüber nichts bekannt, entgegnete der Delegierte, er brauche Beweise dafür, daß die Ermordung der Separatisten auf Befehl von München durch Heibelberger Nationalsozialisten ausgeführt worden sei. „Beschaffen Sie mir diese Beweise!“ sagte er zu dem Bürgermeister. An Hand von photographischen Aufnahmen betonte der Delegierte, daß die „Boches“ immer noch solche Verbrecher seien wie sie während des Krieges waren. Er werde auf Grund dieser in hunderten von Exemplaren vorliegenden Photographien der Welt den Beweis dafür liefern.

Zunächst soll der Welt vorgetäuscht werden, daß rechtsrheinische Nationalsozialisten die Urheber des Birmanenser Blutbades gewesen seien, wofür jedoch nicht der geringste Beweis vorliegt, und gleichzeitig will man eine neue Gegenpropaganda gegen Deutschland im Auslande eröffnen. Beides, um die Verantwortung der französischen Behörden für die Ereignisse abzumägen und die in gewissen Pariser Kreisen unermüdete Bemühung der Pfalz und Wiederverkehr geordneter Zustände hinzuhalten.

Die in Neustadt noch verbliebenen Separatisten haben erklärt: Wir sammeln uns und kommen in vierzehn Tagen wieder. Der Bezirksdelegierte von Neustadt hat einer Abordnung, die mit der Bitte vorstellig geworden war, dafür zu sorgen, daß der Rest der Separatisten möglichst bald verschwinde, damit Ruhe, Ordnung und Sicherheit wieder einkehren, in entzücktem Tone erwidert, man solle ihn mit solchen unverschämten Forderungen in Ruhe lassen. Es sind auch sonst aus anderen Gegenden der Pfalz und dem übrigen Rheinland Anzeichen vorhanden, die sich darauf beziehen, daß die separatistische Bewegung von den Militärbehörden, insbesondere von General de Metz noch nicht ganz aufgegeben worden sind.

Tatsache ist auf jeden Fall, daß in der Pfalz heute noch bewaffnete Separatisten unter dem Schutz der französischen Behörden herumlaufen können und die Bevölkerung weiterhin belästigen.

Aus dem Sparauschuß

Ein Bericht, den der Sparauschuß des Reichstags über seine Tätigkeit vom 1. April bis zum 1. Oktober 1923 erstattet hat, zeigt, wie sich bereits vor dem Inkrafttreten der Personalabbau-Verordnung seine Tätigkeit auf den Etat ausgewirkt hat. In dem Reichshaushaltsentwurf für 1923 war die Zahl der planmäßigen Beamtenstellen mit 764 000 und die Zahl der außerplanmäßigen Beamten mit 122 579 angegeben. Am 1. Oktober 1923 waren 702 511 planmäßige und 115 081 außerplanmäßige Reichsbeamte vorhanden, also 68 987 Beamte weniger.

Der Sparauschuß des Reichstags brachte durch eine Entschließung zum Ausdruck, daß der Abbau von schwerbeschädigten Beamten, Angestellten und Arbeitern nur mit Genehmigung der obersten Reichsbehörden erfolgen dürfe. Den Abbau sollen eröffnen werden, daß sie sich beschwerdeführend an den Ausschuß wenden können. Die bereits ausgesprochenen Entlassungen von schwerbeschädigten sollen dahin nachgeprüft werden, ob sich die Wiedereinstellung ermöglichen läßt. Ferner sprach der Ausschuß den Wunsch aus, daß der Sparauschuß Ausschleusstellen schaffen möge, wodurch abgebaute Kräfte in anderen Verwaltungen, bei denen Neubedarf eintritt, untergebracht werden könnten.

Der Beamtenauschuß des Reichstages beschloß am Donnerstag, in allerhöchster Zeit die dritte Lesung des Beamtenverordnungsgegesetzes vorzunehmen. Ein Vertreter des Reichsinnenministeriums erklärte dazu, daß die Reichsregierung in Rücksicht auf die inzwischen eingetretene katastrophale Lage der Reichsfinanzen eigentlich die Vorlage habe zurückziehen wollen, daß sie aber nunmehr im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder erneut zu den beschlossenen Stellung nehmen werde, die aus der zweiten Lesung des Beamtenauschusses hervorgegangen waren.

Bayerische Wahlen am 6. April

Das Gesamtministerium hat entsprechend dem Landtagsbeschuß die Vorname der Neuwahlen zum bayerischen Landtag auf den 6. April festgesetzt.

Zur Sicherung der Wahlfreiheit und zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wurden einstweilige Maßnahmen erlassen, die vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zum Ablauf des Wahltages gelten. Danach bleiben die Versammlungen über die Wahlverfahren und Angelegenheiten des Wahlverfahrens in Kraft. Die Versammlungen und Redefreiheit unterliegt auf Grund des Ausnahmezustandes keiner Beschränkung. Plakate, Flugblätter und Flugblätter sind vor ihrer Verbreitung der Polizeibehörde vorzulegen. Zeitungen, Flugblätter und Flugblätter dürfen nur verbreitet werden, wenn ihr Inhalt auf gesamtstaatliche Angelegenheiten, die die Störung der öffentlichen Ordnung abzielt. Die Pressefreiheit unterliegt auf Grund des Ausnahmezustandes keiner Einschränkung. Dem Verbot von Vereinigungen steht die Verhängung weiterer Anordnungen dieser Vereinigungen nichts entgegen. Die Verordnung über die vorübergehende Aufhebung des Grundgesetzes der persönlichen Freiheit gilt nicht für Personen, die die Wahlbarkeit besitzen oder als Wahlberechtigte oder bei der Vorbereitung der Wahl tätig sind. Die Durchführung dieser Maßnahmen liegt ausschließlich den ordentlichen Polizeibehörden ob.

Die Wahlen finden nur im rechtsrheinischen Bayern, nicht in der Pfalz statt. Da der Landtag dem Volksgesetz auf Verfassungsänderung kaum zustimmen wird, wird die Regierung den Verfassungskonflikt anzuordnen müssen. Wie bekannt, soll dieser gleichzeitig mit den Neuwahlen zum Landtag stattfinden. Der Verfassungsausschuß wird am 5. März zu der Zusammenlegung der Ministerien Stellung nehmen. Bislang liegen Anträge vor auf Schaffung eines neuen Wirtschaftsministeriums, sowie solche auf Erhaltung der drei „neuen“ Ministerien, des Landwirtschafts-, des Handels- und des Sozialministeriums.

Die Zahl der Geburten in Deutschland

Während nach dem strengen Kriege von 1870/71 die Geburtenzahl in Deutschland ansehnlich sank, nach dem Weltkrieg von einer Zunahme der Geburtenzahl nichts merken. Auch hier muß man zum Vergleich, wie bei allen Zahlen der Bevölkerungsbewegung für Deutschland, nur die Verhältniszahlen, die auf je Tausend der Bevölkerung berechnet sind, heranziehen. Die absoluten Zahlen würden durch die Gebietsveränderungen ein falsches Bild ergeben. Auch vor dem Kriege hatte — wie in einem Aufsatz der „Kölnischen Zeitung“ ausgeführt wird — in Deutschland ein allmählicher Geburtenrückgang eingesetzt; die Geburtenzahl sank im Reich von 30,7 im Jahre 1910 allmählich auf 27,6 im Jahre 1924. Sie erreichte ihren Tiefstand in den Kriegsjahren 1917/18 mit 14,7 auf Tausend. Im folgenden Jahre hebt sich die Geburtenzahl trotz des Kriegseinflusses, der mindestens für das erste Halbjahr nach der Herberkunft ist, schon bis auf 20,7 und erreicht dann 1920 bereits ihren Höhepunkt mit 26,7 und damit der Anstieg an die Vorkriegskurve, die sie nun in langsamem aber gleichmäßigen Abstieg wie in den Jahren 1910—14 weiter verläuft; sie beträgt 1921 noch 26,1, 1922 nur noch 25,8. Im zweiten Quartal 1923 ist sie bereits auf 22,7 gesunken. Die wenigsten Geburten weist Berlin auf, trotzdem es mit seiner Einwohnerzahl fast an der Spitze marschiert.

Bedenklich für die Existenz des Staates wird diese Erscheinung allerdings erst, wenn sie zu einem Sterblichkeitsüberschuß führt. Das war im Kriege in Deutschland bereits der Fall. Im Jahre 1915 zeigte sich zum erstenmal in der deutschen Bevölkerungstabelle ein negativer Geburtenüberschuß: —11. Das heißt auf Tausend der Bevölkerung gerechnet wurde ein Mensch weniger im Jahre geboren als Menschen starben. Im Jahre 1918 entsprechend dem Geburtenüberschuß, sank der Geburtenüberschuß auf —10 und stieg dann wieder bis auf 11,8 im Jahre 1922. Das heißt also, auf Tausend der Bevölkerung gerechnet, waren wieder 11,8 mehr Geburten als Sterbefälle festzustellen.

Kurze Nachrichten

Der neue Präsident des Reichsversicherungsamtes. Zum Präsidenten des Reichsversicherungsamtes schlägt der Reichsrat einstimmig den württembergischen Ministerialdirektor Schäffer vor.

Der Parteitag der Zentrumspartei wird, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, am 5. oder 6. Mai in Fulda stattfinden. Der frühere Oberleutnant Hoffmann, der, wie gemeldet, in Wien verhaftet wurde, hatte sich vor dem Bezirksrichter wegen Falschmeldung und Benutzung eines Passes zu verantworten. Er wurde zu 48 Stunden Arrest verurteilt, die durch die Untersuchung als verblüfft erachtet werden. Hoffmann wurde von der Staatspolizei übergeben, die ihn aus Dierkeich abschickte.

Ein Arbeitsabkommen im Bankgewerbe. Wie der Reichsverband der Bankleitungen mitteilt, ist für das Bankgewerbe ein neues Arbeitsabkommen abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit beträgt danach 8 Stunden täglich und Samstags 6 Stunden. Im Bedarfsfalle kann sie von den Bankleitungen auf 54 Stunden in der Woche festgesetzt werden, ohne daß eine besondere Vergütung für die Mehrarbeit eintritt.

Badischer Teil

Südwestdeutsche Wasserwirtschafts-Tagung

Die am 9. Februar d. J. in der „Harmoniegesellschaft“ zu Freiburg i. B. stattgefundene außerordentlich stark besuchte Generalversammlung der Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller (Verband badischer Wasserwirtschaftler, Sektionen Rheinspals und Oberrhein) über die wir bereits berichtet haben, wurde an Stelle des verhinderten Vorsitzenden Kommerzienrat Alexander Wüstermann-Gutach i. D. von dem Mitgliede des Vorstandes, Fabrikant August Köhler, i. H. Papierfabrik August Köhler, Oberkirch i. B., eröffnet und geleitet.

Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden und anderen Ansprachen übertrug der Ministerialdirektor Dr. Fuchs die Grüße des Arbeitsministers Dr. Engler, der zu seinem Begrüßungsansprache aus, daß die Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller dieselben Bestrebungen verfolge, wie die Behörde, die er vertritt. Auch das Arbeitsministerium wolle den Ausbau der Wasserkräfte fördern zum Wohle unseres Volkes. Die Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes habe erfreuliche Arbeit geleistet. Der Redner teilte dann u. a. mit, daß bei dem Ministerium sehr zahlreiche Besuche um Wasserbaukonzeptionen eingelaufen seien. Leider sei es sehr schwer, 3. Kapital in allen Fällen für den Ausbau der Wasserkräfte zu erhalten. Neue Aufgaben stünden daher jetzt bevor, einmal auf wirtschaftlichem Gebiet, Kapital für den Ausbau der Wasserkräfte zu beschaffen, und zweitens auf technischem Gebiet, zu versuchen, die Anlagekosten erheblich herabzubringen. Der Redner schloß seine Ausführungen in der Hoffnung, daß die Abteilung Wasserwirtschaft des Verbandes zusammen mit der Regierung diese neuen großen und sehr schwierigen Aufgaben lösen werde.

Bürgermeister Dr. Dörner übermittelte an Stelle des verhinderten Oberbürgermeisters die herzlichsten Grüße der Stadtverwaltung Freiburg i. B. Die Schwierigkeiten, von denen Ministerialdirektor Dr. Fuchs gesprochen habe, berührten auch die Stadtbewohner. Er hoffe aber, daß Mittel und Wege gefunden würden, diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Mit dem Wunsche für einen geistlichen Verlauf der Tagung schloß der Redner seine Ansprache.

Verbandspräsident Dr. Nied-Wannheim unterbreitete der Generalversammlung eine von der 15. ordentlichen Mitgliederversammlung des Bezirksvereins Görzsch des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller gefasste Resolution zur Stellungnahme i. S. der Forderung der Rhein-konventionierten Wasserkräfte. Die Resolution enthält insbesondere die Bitte an die badische Regierung, die bei der Forderung der Kraftwerke und Erhebung des Wasserpreises nicht allein fiskalische Gesichtspunkte wägen zu lassen, sondern zur Wahrung der Lebensfähigkeit der Industrie und des Gewerbes die Summe dieser Ausgaben nicht oder nicht wesentlich über die Höhe der Vorkriegszeit zu steigern. — Die Generalversammlung stimmte der Resolution einstimmig zu. Hierauf sprach Rautat Rathmund von der Wasser- und Straßenbauverwaltung Karlsruhe (wie schon mitgeteilt) über „den geplanten Ausbau der Schlussee-Wasserkräfte“. Der Redner erinnerte zunächst daran, daß gerade 17 Jahre vergangen sind, seit die Wasser- und Straßenbauverwaltung ein Projekt ausgearbeitet, das einen Überblick geben sollte, welche Kräfte durch einen zusammenfassenden Ausbau in Baden gewonnen werden könnten.

Er referierte dann eingehend über den in Aussicht genommenen Ausbau der Wasserkräfte im südlichen Schwarzwald. In ihrer Gesamtheit bezeichnet man diese großartige, in mehreren Stufen auszuführende Anlage als „Schlussee“. Den wertvollsten Bestandteil des geplanten Unternehmens bildet nach den außerordentlich interessanten Ausführungen des Redners der Schlussee, der 30 Meter über seinem jetzigen normalen Wasserpiegel durch eine massive Mauer aufgestaut werden soll, wodurch ein nutzbarer Stauraum von 100 Millionen Kubikmeter Wasser sich ergibt. Dieses Wasser wird sodann nach Zuleitung einer ganzen Reihe von Seitenflüssen der Murrach, die zum größten Teil ebenfalls in künstlich anzulegenden Staubecken in ihrem Ablauf reguliert werden in 3 unmitttelbar aufeinander folgenden Gefällstufen zu Kraftwerken ausgenutzt. Die 3 Kraftwerke, die auf diese Weise anzulegen sind, werden bei Häusern, Wignau und Waldshut erstellt. In ihnen werden insgesamt alljährlich rund 450 Millionen Kilowattstunden erzeugt werden und zwar als hochwertiger Spitzen- und Tagestrom. Mit dem Bau der Anlage ist bereits begonnen worden und es steht zu hoffen, daß in einigen Jahren die Gesamtanlage in Betrieb sein wird. An Hand eines eingehenden Zahlenmaterials und vieler graphischer Darstellungen sowie einer Vorführung von Lichtbildern gab der Referent eine klare Übersicht über die Arbeitsweise des Werkes, die den nach hoch genug einzuschätzenden Wert der Anlage recht klar und unabweisbar erkennen ließ.

Oberingenieur Dörsing von der Firma Bopp & Reuther, Mannheim-Baldhof, berichtete anschließend über „Groß-Wasserkraftwerke und Wasserstraßen“. —

An Hand von Lichtbildern wurde besprochen die verschiedenen bei Talferrenausläufen zweckmäßigen Abschlußvorrichtungen. Ferner wurden die als Dreifachklappen ausgebildeten Hochdruckautomaten bei Wasserkraftanlagen erläutert unter Vorführung von Bildern der für das Waldenferrenausläufer gelieferten Ausführung. Aus dem Gebiete des Wassermessens wurden die auf dem Venturiprinzip begründeten, jedoch ohne Druckverlust arbeitenden Patent-Wegbüben mit ihren Registrier- und Anzeige-Apparaten besprochen. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Groß-Wasserkraftwerke, die von genannter Firma in mühseligster Weise seit langen Jahren als erstklassige Fabrikate nach allen Weltteilen geliefert werden und die ein beachtliches Zeugnis für den Verstand der Firma Bopp & Reuther abgeben. Wie aus den Ausführungen des Vortragenden ferner hervorging, beschäftigt sich die Firma Bopp & Reuther mit größtem Erfolg auch auf dem Gebiete der Wassermessung bei Wasserkraftanlagen. Sie hat, gestützt auf die neuesten Erfahrungen in der Hydroakustik, in den letzten Jahren zahlreiche Apparate und Meßeinrichtungen konstruiert, die überaus präzise arbeiten und mit bestem Erfolg in der Praxis Verwendung gefunden haben.

Dipl.-Ing. Hügel-Karlruhe, der wasserbautechnische Beirat des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, sprach darauf eingehend über die Anlage von Niederdruckwerken als Einzelkraftanlagen für industrielle Betriebe. Er gab eine kurze geschichtliche Entwicklung derartiger Anlagen und erläuterte sodann an Hand von zahlreichen Beispielen die Betriebsweise dieser Werke, die, wenn sie nach modernen Gesichtspunkten angelegt werden, den wertvollsten Bestandteil eines industriellen Unternehmens darstellen. Besonders wertvoll waren die Ausführungen des Vortragenden nach dem, daß er Mittel und Wege angab, wie man unter Aufwendung geringerer Baukosten veraltete Anlagen in neuzeitliche Werke umgestalten und so ihren Wert ganz beträchtlich heben kann. Der Vortragende, der 3. H. eine ganze Reihe im Lauf der Zeit unmodern und daher unwirtschaftlich gewordener Wasserkraftanlagen in Baden umhaut, war in der Lage, seine eingehenden Darstellungen durch praktische Beispiele zu erläutern, was seitens der Zuhörerchaft besonders angenehm bemerkt wurde.

Über die „Hydraulische Umstellung zur Wasserkraftanlagen“ berichtete Direktor Gell von der Fa. Klein, Schanglin & Beder A.-G., Frankfurt a. M., in klarer und hochinteressanter Darstellung. Seine Ausführungen, die durch sehr anschauliche

Sichtbilder unterteilt wurden, gingen davon aus, daß das Pumpen von Wasser in hochgelegene Stauden zwar schon seit langen Jahren praktisch betrieben werde, daß aber ein weites Arbeitsfeld für die Hochdruckzentrifugalpumpen sich erst seit Kurzem ergeben habe, nachdem fast alle modernen Wasserkräfte dazu übergingen, unter Inanspruchnahme minderwertigerer Nachstroms nutzlos ablaufendes Nachwasser in Fallsperrn hinaufzupumpen und so die Nachkraft durch Umwandlung in wertvollen Lagstrom zu veredeln. Bei diesem Arbeitsvorgang spielt naturgemäß die konstruktive Durchführung der Pumpenaggregate die Hauptrolle. Dr. Klein, Schanzlin & Peder, die seit Jahrzehnten auf dem Gebiet des Pumpenbaues sowohl im Inlande als auch im Auslande eine führende Rolle spielen, hat alles daran gesetzt, die Hochdruckzentrifugalpumpen auf den höchsten Grad der Vervollkommnung zu bringen. Die trefflichen Ausführungen des Vortragenden gaben ein klares und höchstinteressantes Bild über die wichtige Materie.

Zum Schluß brachte Dr. Ing. Caspari von der Fa. Brown, Boveri & Cie., L.-G., Mannheim-Käfertal, sehr interessante Mitteilungen über „Geräte-Kuppelungen für Niederdruck-Wasserkraftwerke“. Er behandelte die Kuppelungen als ein ganz besonderes Konstruktionselement des Maschinenbaues dem die ausführenden Firmen ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Gerade hinsichtlich der Kuppelungen ist es in den allerletzten Jahren zu einer großen Umwälzung gekommen. Die modernen Kuppelungen zwischen Turbinen und Stromerzeugern sind heute als Präzisionsarbeit so formvollendet, daß es für den Nichtfachmann kaum möglich erscheint, sie noch weiter zu verbessern. Der Vortragende ging des Näheren auf die Herstellungsmethode und den Verwendungsbereich moderner Kuppelungen ein, wobei seine interessanten Ausführungen von wirkungsvollen Lichtbildern unterstützt wurden. Aus allem ersah man, daß die Fa. Brown, Boveri & Cie., deren Belustigungsfähigkeit und Fachkenntnis unterliegt wurden, auch einzelne Bestandteile ihres Fabrikationsbereiches so vollkommen als nur irgend möglich auszuweisen, um in jeder Hinsicht nur Qualitätsware aus ihrer Werkstätte herausgeben zu lassen.

Emliche Vorträge und Referate wurden von der zahlreichen Zuhörerschaft dankend und mit großem Beifall aufgenommen. Eine lebhafteste Diskussion folgte jeweils auf die einzelnen Ausführungen.

Badischer Landtag Die Wahl der Abgeordneten

Am vorigen Mittwoch beriet der Verfassungsausschuß des Landtages über den § 25, welcher sich mit der Wahl der Abgeordneten befaßt. Hierzu lagen eine Reihe von Anträgen vor.

Das Zentrum beantragte eine Kombination zwischen Einwahl und Proporz. Jeder Amtsbezirk sollte ein Wahlbezirk bilden. Für die Wahl der Abgeordneten sollte die relative Mehrheit maßgebend sein. Die Reststimmen und die Stimmen der in den Bezirken unberücksichtigten Parteien sollen im ganzen Lande zusammengezählt und verhältnismäßig gemindert werden.

Von mehreren Parteien wurde eine konstante Zahl der Abgeordneten verlangt. Landbund, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei verlangten statt der 7 je zehn 20 Wahlkreise.

Der demokratische Vertreter wünschte in einem Antrag in Anlehnung an die Amtsbezirkwahlkreise in Größe von 20-40 Tausend Einwohnern. Auf je 12 Tausend abgegebene Stimmen sollte ein Abgeordneter gewählt werden. Nach dem Antrag kann derselbe Wahlvorschlag in mehreren Wahlkreisen eingereicht werden. In diesem Falle gelten die in verschiedenen Wahlbezirken eingereichten gleichen Wahlvorschläge als miteinander verbunden. Die Reststimmen sollten auch in diesem Falle im ganzen Lande gezählt und aufgewertet werden.

Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten, daß sie gegen eine enger Verbindung des Abgeordneten mit dem Wahlkreis und gegen eine konstante Zahl nichts einzuwenden haben. Dagegen könnten die gestellten Anträge, die zum Teil auf die Parteilose der Antragsteller zugeschnitten seien, ihre Zustimmung nicht finden.

Die Abstimmung über die Anträge wurde auf später vertagt.

Polizei hilft!

Die Arrangierung von Sonderzugfahrten nach Basel anlässlich der Hans Thoma-Ausstellung in dieser Stadt scheint, wie aus der Freiburger Presse zu entnehmen ist, zu Unzuträglichkeiten geführt zu haben. Welcher Art diese sind, darüber konnte Bestimmtes nicht in Erfahrung gebracht werden; das ist auch gleichgültig, denn die Diskussion in der Freiburger Presse dreht sich jetzt im wesentlichen gegen die Durchführung eines Extrazuges zum Besuch der Baseler Fastnacht. Mit Recht wurde gegen die Durchführung dieser Maßnahme der Hinweis ins Feld geführt, daß es in der Schweiz einen schlechten Eindruck machen müsse, wenn aus demselben Land, in welches die Schweizer Nothilfe Nahrungsmittel schickt, um weite Kreise unterer Volksschichten vor Hunger zu schützen, Extrazüge zur Teilnahme an einem Faschingsstreifen in Basel unternommen werden. Die hiergegen einsehende Kritik der öffentlichen Meinung hat unbefristet ihre innere Berechtigung.

Nur in einem Punkt geht die Kritik über der Hilfsfahre über das in Betracht kommende Ziel hinaus. Es wird nämlich die Verminderung darüber ausgesprochen, warum die Behörden, die Polizei, die Regierung, gegen derartige üble Vorkommnisse nicht einschreiten. Dabei wird zunächst einmal nicht beachtet, daß über die Bestellung von Extrazügen lediglich die Eisenbahndirektion entscheidet, und daß für eine Einmischung der polizeilichen Organe, etwa in den Dienstbetrieb der Eisenbahn, eine gesetzliche Unterlage nicht vorhanden ist. Auch mit dem groben Unfugparagrafen ist hierbei nicht auszukommen. Es ist überhaupt mit dem Hilferuf nach der Polizei eine eigenartige Sache. Was immer sie tut, sie wird kritisiert. Muß sie aber bestimmten gesellschaftlichen Erscheinungen ihren freien Lauf lassen, dann rufen dieselben Kreise, die jahraus, jahrein nicht hart genug über die Polizei urteilen können, nach der Polizei. Die Erziehung der öffentlichen Meinung tut in vorliegendem Falle not.

Schule, Geislichkeit, Presse und Parteien können hier vorteilhafter wirken als die Polizei.

Im übrigen sei bemerkt, daß der Präsident der Eisenbahndirektion Karlsruhe nach Kenntnisnahme der Diskussion über diese Frage — vom Staatsministerium darauf aufmerksam gemacht —, von sich aus die Nichtführung des Extrazuges zum Fastnachtsonntag in Basel angeordnet hat.

Auszahlung von Militärrenten

Das Hauptverwaltungsamt Karlsruhe teilt mit: Die Auszahlung der Versorgungsgehälter nach dem Reichsversorgungsgesetz, Altersrentengesetz usw. findet im Monat Februar am 27. und 28. durch die Postanstalten statt. Die Renteneinnehmer können daher, soweit sie ihre Gehälter nicht auf Konto überwiesen oder ins Haus zugestellt erhalten, dieselben am 27. oder 28. Februar am Posthalter abholen.

Die Getränkesteuern der Gemeinden

Um den Gemeinden, welche Getränkesteuern erheben wollen, die Aufstellung der Steuerordnung zu erleichtern u. um gleichzeitig eine gewisse Vereinfachung des Vorlautes der Steuerordnungen der einzelnen Gemeinden sowie eine Erleichterung und Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens zu erreichen, wurde auf Grund des § 5 des Finanzausgleichsgesetzes mit Genehmigung des Staatsministeriums eine im geistigen „Staatsanzeiger“ veröffentlichte Mustersteuerordnung erlassen. Diese sieht eine Besteuerung nach den Kleinhandelspreisen vor.

Aus dem badischen Parteileben

Im Zusammenhang mit einer in Baden-Baden abgehaltenen Zusammenkunft ehemaliger nationalliberaler Abgeordneter der früheren Zweiten Badischen Kammer war von der Witsch gemeldet worden, die frühere nationalliberale Partei wieder ins Leben zu rufen. Es wird jetzt berichtet, daß diese Meldung unzutreffend ist.

Zum Pfalz- und Rheintag

Wir werden als Volk nur etwas bedeuten, wenn wir über die Bande der Sprache und Kultur, über die Nützlichkeitsgehaltung der Wirtschaft hinaus den Willen zur Nation, zum Staatsglauben als sittliche Aufrichtung der Volkskraft erkennen. Darin liegt die geschichtliche Bedeutung und das Tröstliche unserer Zeit, daß in den Grenzländern unseres Vaterlandes über die Heimatliche hinaus das Verbundenheit mit dem Staate, dem Reiche verteidigt wird aus nationalem Willen und nicht nur aus Nützlichkeitsgründen. Den Drangsalen trogend sind wir Pfälzer stolz auf die Aufgabe, die uns zu Vorkämpfern für die Erhaltung des Reiches bestellt. Der Schlüssel zur deutschen Befreiung liegt in der Außenpolitik und die Pfalz ist einer ihrer wichtigsten Posten. Möchte das unbefestete Gebiet immer daran denken, daß wir Pfälzer für seine Freiheit und Zukunft kämpfen und daß wir unseren Posten halten werden, koste es, was es wolle.

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Stadtrat beschloß, daß die öffentl. Straßenbeleuchtung, die während des Krieges aus Gründen der Kohlenersparnis erheblich eingeschränkt werden mußte und seitdem aus den gleichen Gründen und der Geldersparnis wegen eingeschränkt blieb, vielseitigen Wünschen entsprechend in nächster Zeit erheblich verbessert werden soll. — Die auf 8. März 1924 fällige Vorauszahlung auf die gemeindliche Grund- und Gewerbesteuer einfl. Kreissteuer beträgt 3,12 Pfg. aus 100 M. Grundsteuerwert und 1,56 Pfg. aus 100 M. Gewerbesteuerwert. — Die Abortanlage auf dem Werberplatz soll wegen ihrer wenig schönen Wirkung entfernt werden. Als Ersatz ist die Errichtung einer unterirdischen Anlage entweder am westlichen oder am östlichen Ende des Platzes geplant. Gleichzeitig soll über dieser Anlage ein Marktbrunnen mit bildnerischem Schmuck zur Ausführung gelangen. Die Mittel werden im Haushaltsplan 1924 eingestellt.

Der Bürgerausschuß Wiesloch beschloß den Umbau, Ausbau und Neubau auf dem Grundstück „Ziegelhütte“. Das erforderliche Baukapital mit 17 000 Goldmark. Haushaltsplan wird bei der städt. Sparkasse aufgenommen, bis auf weiteres einschließlich der Provision mit 24 Prozent jährlich verzinst und nach befristeter Tilgungsplan in 10 Jahren eingelöst. Die Stadt hat sich sowohl im Hinblick auf die Wohnungsnot wie auch auf die darniederliegende Bauwirtschaft, die eine hochprozentige Erwerbslosigkeit der im Baugewerbe Beschäftigten zur Folge hat, zu einem baldigen Beginn der Arbeiten entschlossen. Bei dem Um- und Ausbau werden 5 Dreizimmerwohnungen geschaffen und außerdem die hygienischen Verhältnisse des übrigen Teiles bedeutend verbessert.

Eingemeindung. Das Ministerium des Innern hat verfügt, daß der Ort Altenbeuren am 1. April mit der Gemeinde Beuren bei Salem vereinigt werden soll.

Milchversorgung in Baden-Baden. Auf Grund eines mit der Stadtgemeinde Baden-Baden abgeschlossenen Vertrages geht ab 1. März die städtische Milchzentrale an die Badische landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft e. G. m. b. H., Karlsruhe, über. Die Lieferbeziehungen werden bestehen so daß die Milchversorgung der Stadt Baden-Baden auch für weiterhin sichergestellt ist.

Bezirksratsstiftung in Offenburg. Am 13. Februar fand hier die erste Sitzung des Bezirksrats unter Vorsitz des Oberamtmanns Engler statt.

Aus der Landeshauptstadt

Opferfest und Freudenfest für die Pfalz
Die Sammlungen für den Opferfest beginnen schon heute, Samstag nachmittag. Sie werden Sonntag nachmittag fortgesetzt. Die Zentralausstellung befindet sich in der Turnhalle der Hebel- und Markgrafenschule, Kreuzstraße 15. Es ergibt sich nochmals an die gesamte Einwohnerschaft die dringende Bitte, freudig und reichlich für den vaterländischen Zweck zu geben. Zur Belebung des Straßenbildes werden am Sonntag nachmittag Promenadenkonzerte stattfinden und zwar werden spielen: von 12 bis 13 Uhr auf dem Marktplatz die Kapelle der Vereinigung Badischer Polizeimusiker unter Leitung von Musikmeister Heise, von 3 bis 4 Uhr auf dem Ludwigplatz die Kapelle des Musikvereins Karlsruhe unter Leitung von D. Leonhardt jr. und von 4 bis 5 Uhr auf dem Werberplatz die städtische Kapelle unter Leitung von Hauptlehrer Wölfe. Alle diese Kapellen haben sich kostenlos in den Dienst der edlen Sache gestellt.

Die Freudenfestung, die um 4 1/2 Uhr im großen Festhalla stattfinden wird, wird sich aller Voraussicht nach großen Zuspruchs erfreuen. In allen Kreisen der Bevölkerung be-

gegnet die Veranstaltung lebhaftem Interesse. Für die Ansprache ist ein verehrter Pfälzer gewonnen worden, dem der Ruf eines ausgezeichneten Redners vorausgeht. Das kurze, aber wichtige Programm wird in etwa einer Stunde abgewickelt sein, so daß mit etwa 11 Uhr mit dem Schluß der Veranstaltung zu rechnen ist. Der Straßenbahnverkehr nach und von der Festhalle wird entsprechend verstärkt werden. An Zugängen zum Saal und zur unteren Galerie sind die Eingänge in den Anbauten auf der Ost- und Westseite der Festhalle, sowie das Hauptportal geöffnet. Der Zugang zur oberen Galerie ist über die äußeren Galerietreppen zu nehmen. Saal und Galerien sind in weitgehendstem Maße mit Sitzplätzen eingerichtet.

Die Baalbedanstellung in der Landesgewerbehalle

des Karlsruher Geschichts- und Altertumsvereins wurde heute vormittag 11 Uhr mit einer Ansprache von Prof. Dr. Wulzinger von der Technischen Hochschule eröffnet. Die Ausstellung ist eine Wanderausstellung, welche die Direktion der Berliner Museen in Szene gesetzt hat. Die Auswahl ist so getroffen, daß sie einen möglichst anschaulichen Begriff von den deutschen Ausgrabungen in Baalbed gibt, trotzdem es sich nur um eine kleine Auswahl handelt.

Der Redner dankte allen, welche sich um das Zustandekommen der hiesigen Ausstellung verdient gemacht hatten, insbesondere der bad. Regierung, dem archäologischen Institut der Universität Freiburg, der Stadt Karlsruhe und den zahlreichen Einzelpersönlichkeiten. In einem kurzen einleitenden Vortrag führte sodann Prof. Wulzinger in die Ausstellung ein, wobei er auf den engen Zusammenhang unserer Kultur mit der Mittelmeer- und antiken Kultur hinwies. Die Entstehungszeit der Baalbeder Bauten fallen in eine Zeitenwende, ähnlich wie wir sie anscheinend heute erleben. Die Ausstellung zeige den Stand der damaligen Technik, die Bezeichnung unvorheriger Massen mit einfachen Mitteln, nur durch einfache ausgezeichnete Organisation, den künstlerischen Ausdruck dieser Übergangzeit, welche die vergeistigte Auffassung des beginnenden christlichen Zeitalters einleitete, und schließlich die Arbeit der deutschen Forschung, die in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg und teilweise auch noch im Krieg auch unter badischen Forschern, wie dem verstorbenen Freiburger Archäologen O. Buchsizin geleistet wurde. Die Ausstellung sei für alle berechnet, für den Bauhandwerker, der daraus ersehen möge, was möglich sei durch straffe Organisation der Arbeit, die ohne Maschinen in unserem Sinne geleistet wurde, für den Künstler, der Anregung und Genuß daraus finden werde, für Schüler und Studierende, denen sie eine Illustration zur Geschichte geben werde, die aus Schriften allein nicht zu erhalten sei und schließlich für die Allgemeinheit, deren Gesichtskreis sie zu erweitern imstande sei und der sie einen Ersatz für Reisen geben könne. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß auch diese Schau zum allgemeinen Nutzen sei und erkläre die Ausstellung für eröffnet. Es folgte sodann unter Führung von Prof. Wulzinger ein Rundgang durch die Ausstellung. — Die Ausstellung zeigt in lehrreicher und geschmackvoller Anordnung nicht nur Photographien und Zeichnungen von den Ausgrabungsarbeiten, sondern auch ältere Bilder, die den ganzen Farbenreiz jener südlichen Gegend erkennen lassen, Werkstücke aus dem Bestand des Freiburger archäologischen Instituts, Geschenke des Sultans, vergleiende Zeichnungen und Rekonstruktionen welche u. a. die gewaltigen Größenverhältnisse der Baalbeder Tempel im Vergleich zu Karlsruher Bauten erkennen lassen.

Vortrag über Südamerika. Der gestern abend im Keimern Festhalla Saal veranstaltete Lichtbildervortrag: „Nach Südamerika“ erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Herr Karl Kautsch aus Hamburg schilderte in großen Zügen das besonders für uns Deutsche so aufnahmefähige Neuland Argentinien. Mit seinen 8-10 Millionen Einwohnern bei mehr als fünfmal größerem Flächeninhalt als Deutschland ist es für manch jungen hoffnungsvollen Menschen das aussichtsreichste Land. Bei den der Kolonisation noch harrenden gewaltigen Länderen haben Landwirte und Handwerker die meiste Aussicht zur Gewinnung einer Lebenszeit. Für geistige Arbeiter und Kaufleute ohne Kenntnis der spanischen Sprache oder sonstigen Empfehlungen hält auch der Vortragende die Auswanderung nach Argentinien in größerem Maße für nicht ratsam, ehe das Problem der Ansiedlung und Kolonisation gelöst ist. Die Möglichkeit zur Erwerbung eines Lebensunterhaltes ist im Verhältnis zu Deutschland reichlich, wenn der gute Wille vorhanden ist und heißes Klima mit mancherlei Anzuträglichkeiten mit in Kauf genommen werden kann. Auf jeden Fall empfiehlt es sich für jeden, der sich mit Auswanderungsgedanken abquält, eine der Beratungsstellen in Argentinien, deren größte in deutschen Händen liegt, in Anspruch zu nehmen. In guter Erinnerung ist die bei Königshagen deutschfreundliche Haltung des damaligen Präsidenten Frigoren, der gegen Volk, Presse und Parlament allein stand. Dem Vortrag folgte in circa 200 Bildern die Fahrt mit dem Dampfer „Cap Botonia“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft von der Ausfahrt bis nach der Hauptstadt Argentinien, Buenos Aires. Die Bilder zeigten den modernen Geist des Argentiniers, besonders in seiner Hauptstadt. Was Fleiß und zähe Ausdauer zeitigen kann, sehen wir bei in verschiedenen früheren Zeitaltern aufgenommenen Lichtbildern deutscher Siedlungen. Die große Gastfreundschaft des Argentiniers und vollständige Bewegungsfreiheit des Einwanderers erleichtern den Aufenthalt sehr. In der Hauptsache geben die Bilder die angenehme Überfahrt auf dem großen Hochseedampfer wieder, nicht den größten städtischen und landschaftlichen Reizen der Landeshauptstadt. Wohl manchem auswanderungslustigen Besucher wäre die bildliche Wiedergabe über das Leben und Treiben aus den hauptsächlichsten zur Auswanderung in Frage kommenden Landstrichen angenehmer gewesen. Dem Vortragenden wurde am Schluß reichlicher Beifall gezollt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Von den bad. Hochschulen. Der Direktor der Universitätsbibliothek Heidelberg, Prof. Dr. Rudolf Sillib, wurde zum ordentlichen Honorarprofessor ernannt.

DZ. Bruchsal, 23. Febr. Der Sonntagsverkehr auf den Nebenbahnstrecken Bruchsal-Menzingen und Bruchsal-Gilsbach, der seit längerer Zeit ruht, wird voraussichtlich am 1. April wieder aufgenommen werden. Auch in Bruchsal sollen nächsten Sonntagsfahrarten zur Ausgabe gelangen.

DZ. Bruchsal, 22. Febr. Seit Wochen herrscht hier ein reger Verkehr über die Schiffbrücke. Wagen mit Rotwein und Kolonialwaren wandern von dem Elß nach dem unbefesteten Gebiet ab. Auch Stroh und Heu gehen in großer Menge über die Schiffbrücke.

DZ. Freiburg i. Br., 22. Febr. In letzter Zeit war an die Bevölkerung eine Aufforderung zur Teilnahme an einem Sonderzug nach Basel zum Besuche der dortigen Fastnachtveranstaltungen ergangen. In gewissen Kreisen rief diese Aufforderung eine große Empörung hervor, da wir gerade von der Schweiz so viel Hilfe erhalten haben, um die Hungernden und Kollektenden zu schützen. Daraus hat sich auch das Bezirksamt dieser Angelegenheit angenommen und dieses wird das

Wahlum den Teilnehmern des Faschnachtsbierzuges verweigert, so daß glücklicherweise dieser Sonderzug wohl ausfallen dürfte.

Rehl, 22. Febr. Die hiesige Briefabrik Strohmeyer wurde heute vormittag 10 Uhr durch eine große Explosion fast vollständig niedergelegt. Die Ursache der Katastrophe ist bis jetzt noch nicht bekannt. Im Augenblicke steht nur fest, daß ein Arbeiter getötet, 4 schwer- und 4 weitere leichtverletzt wurden. Die Festigkeit der Explosion geht allein daraus hervor, daß der Getötete durch das Dach des Gebäudes geschleudert wurde. — Sogleich nach dem Ausbruch des Unfalls begab sich Oberamtmann Schindler von Rehl nach der Unglücksstätte, um sich nach dem Befinden der Verunglückten zu erkundigen. Er sprach dem Direktor sein Beileid aus und bat, dieses auch den Verunglückten, begm. deren Familien zu übermitteln.

Konstanz, 21. Febr. Wie verlautet, wurde der in der Uhrenindustrie gefällte Schiedspruch in Konstanz, der eine Lohn-erhöhung von 5 Prozent und eine 5 1/2 stündige Wochenarbeitszeit vorsieht, von beiden Parteien angenommen.

Aus dem Schwarzwald, 22. Febr. Im Laufe des Freitag ist im Gebirge ein Wetterumschlag eingetreten. Am vorgehenden Nachmittag setzte ein Schneegestöber ein, das in den Abendstunden anhielt. Im Gebiet der Horngründe und Badener Höhe liegt bereits eine dicke Schneedecke von 5 bis 10 Zentimeter auf über 1 1/2 Meter hartgefrorenem Altschnee

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark.

| | 23. Februar | | 22. Februar | |
|-------------------|-------------|-------------------------|-------------|-------------------------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam | 1 571 063 | 1 578 937 ^a | 1 576 050 | 1 583 950 ^a |
| Kopenhagen | 666 330 | 669 670 ^a | 670 320 | 673 680 ^a |
| Italien | 181 575 | 182 455 ^a | 181 575 | 182 455 ^a |
| London | 18 104 625 | 18 195 375 ^a | 18 154 500 | 18 245 500 ^a |
| Newyork | 4 189 500 | 4 210 500 ^a | 4 189 500 | 4 210 500 ^a |
| Paris | 179 550 | 180 450 ^a | 179 550 | 180 450 ^a |
| Schweiz | 728 175 | 731 825 ^a | 728 175 | 731 825 ^a |
| Bras. | 122 193 | 122 807 ^a | 122 193 | 122 807 ^a |
| Wien (100 Kronen) | 62 343 | 62 657 ^a | 62 343 | 62 657 ^a |

^a Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Vom Salzenmarkt. Auf der Berliner Börse wurde am Freitag infolge des weiteren, wenn auch mäßigen Zuwachses, an Anmeldungen die Reichsbank von neuem zu einer Verminderung der Zuteilungen, nämlich für die Hauptbesten von 4 auf 3 Prozent gezwungen. Im Durchschnitt der letzten Tage hat das Bedarfsplus etwa 5 Prozent ausgemacht. Es scheint also, als ob die nicht befriedigten Mengen täglich neu wieder

angefordert werden und daß das verschärfte Prinzip die Interessenten nun auch ermuntere, ihre Bedienung nach und nach voll in Valuta umzuwandeln. Der Devisenmarkt schloß in französischen Franken mit 107/4 gegen London.

Zuckerfabrik Frankenthal. Die seit Jahresfrist außer Betrieb gesetzte Zuckerfabrik Frankenthal wird im Lauf dieser Woche ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Münzelgelder und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Billionen Mark)

| | | |
|---|-----|-----|
| 5% Badische Kohlenwert-Anleihe | ca. | 11 |
| 6% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe | ca. | 12 |
| 5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe | ca. | — |
| 7% Reichsanleihe | ca. | — |
| 5% Preussische Kalk-Anleihe pro 100 kg | ca. | 3 |
| 5% Sächsische Koggen-Anleihe pro Ztr. | ca. | 1,9 |
| 5% Sächsische Festwert-Anleihe | ca. | 1,8 |
| Dollarobligationen des Deutschen Reichs | ca. | 4,2 |
| Goldanleihe d. Deutschen Reichs | ca. | 4,2 |

Ferner nennen wir noch die nicht mindlichere wertbeständige Anleihe Kreuzberg Carl, 5%, G. m. b. H., Zedertabrik Weinheim . . . ca. 1 Billion

Landeshauptstadt Karlsruhe

Sonntag, 24. Februar d. J., vormittags 11^{1/4} Uhr
in der städtischen Festhalle

Treuefundgebung für die Pfalz

Mitwirkende:

Ein Pfälzer als Redner, das Landes-theater-Orchester, Leitung: Operndirektor Fritz Cortolezis, Professor Heinrich Caspar Schmid, Direktor des Bad. Konservatoriums (Orgel), der Lehrergesangverein Karlsruhe, Leitung: Professor Schmid

Vortragsfolge:

1. Präludium in h moll für Orgel J. S. Bach
2. Ansprache
3. Männerchöre:
 - a) Deutscher Volksruf Josef Reiter
 - b) Das Lied vom Rhein Hans Georg Nägeli
4. Overtüre zu Goethes „Egmont“ L. van Beethoven
5. Deutschland-Lied Josef Geyndl

Gemeinsamer Gesang mit Orchester- und Orgelbegleitung

Ich lade die gesamte Bevölkerung hierzu ein. Eintritt frei.

Karlsruhe, den 20. Februar 1924.

Der Oberbürgermeister.

Zugänge: Ost- und Westseite der Festhalle und Hauptportal.

D.139

Badisches Landestheater.
Sonntag, 24. Febr. 5 b. n. 10 Uhr. Sp. 17.20 M.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 5601—5800.

Zum Pfalztag!
Prolog: „Die Pfalz und wir.“
Hierauf: Die Meistersinger von Nürnberg.

Konzerthaus Karlsruhe.
Sonntag, 24. Febr. 7 b. g. 10 Uhr. Park. 13.00 M.
Zum Pfalztag!

I. Teil: Deutschland-Pfalz.
II. Teil: Buntes Theater. III. Teil: Goethe.

Montag, 25. Febr., 7^{1/2} Uhr, Eintracht
Ganz neuartige Darbietung
Alfons Simon

Charakter - Beurteilung
aus der Hand, den Fingern, Formen und Linien.
Nützliche Menschenkenntnis
mit praktischen Versuchen und Lichtbildern.

Karten zu Mark 3.—, 2.— und 1.—
(einschließlich Steuer) bei D.220

Kurt Neufeldt.

Dienstag, 26. Febr., 8 Uhr, Eintracht
Abschieds - Lieder - Abend

Paula Weber
vor der Abreise nach Südamerika. D.221

Karten zu M. 4.—, 3.—, 2.50 und 1.50 bei
Kurt Neufeldt.

Freitag, 29. Febr., 8 Uhr, Konzerthaus
Tanz-Abend

Schule Herion
aus Stuttgart. D.222

Karten zu Mark 5.—, 4.—, 3.— und 2.— bei
Kurt Neufeldt.

August Otnad, Karlsruhe i. B.
Kartonnagenfabrik

Fernruf Nr. 4306 Verlang. Goethestraße
Kartonnagen für alle Branchen in jeder Ausführung
Postcheckk. Nr. 25760. Bankkonto: Rhein. Creditbank,
Filiale Karlsruhe.

P. P.

Hierdurch beehre ich mich mitteilen, daß ich meine
wieder in Betrieb nehme.

Durch Aufstellung einer kompletten, neuen Anlage
modernster Maschinen, bin ich in der Lage, rationell
zu arbeiten. Meine langjährige, fachmännische Erfahrung
bürgt für die Güte meiner Erzeugnisse.

Ich würde mich freuen, recht bald mit Aufträgen
beehrt zu werden und empfehle mich
Hochachtungsvoll

August Otnad.
NB. Bis zur Fertigstellung meiner neuerbauten
Fabrikräume halte ich meinen Betrieb in der Sofien-
straße 87 aufrecht. D.241

Saattartoffeln
Erfurter Gemüse- und Blumen samen
empfehlen sortenreicht und zuverlässig
Friedrich John Nachf.
Erfurt 19 D.51
Neueste Preisliste auf Verlangen

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
Karlsruhe i. B. Karlsruherstr. 14
Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei
Herstellung von Werken
Zeitschriften und
Drucksachen
jeder Art
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.
Auf Grund des § 19 des Viehseuchengesetzes und § 36 der Vollzugsverordnung dazu wird mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß sämtliches von Händlern nach Baden eingeführtes Vieh (einer siebenstägigen polizeilichen Beobachtung unterworfen wird. Ausgenommen hiervon ist Schlachtwiech, das unmittelbar in Schlachthöfenherbracht und dafelbst zum Verkauf aufgestellt wird. B.578
Zur Durchführung obiger Anordnung haben die Händler oder deren Stellvertreter sofort, spätestens jedoch 12 Stunden nach der Einstellung der Tiere in dem Stalle, wo die Tiere der Beobachtung unterstellt werden sollen, der Ortspolizeibehörde (für Karlsruhe Polizeidirektion — Abt. B — für die Landgemeinden: Bürgermeistereiämter) davon Anzeige zu machen und dabei die Tiere nach Gattung, Geschlecht, Farbe, Abzeichen, Alter und etwaigen besonderen Kennzeichen (Ohrenmarke, Hautbrand, Hornbrand, Farbzichen, Haarschnitt usw.) genau zu bezeichnen, wenn uns insonderheit für sie keine Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse vorliegen; gegebenenfalls sind diese der Anzeige anzuschließen.
Nach Ablauf der Beobachtungsfrist, die am Tage nach der Einstellung beginnt, nimmt der Bezirkstierarzt die Untersuchung der Tiere vor und stellt darüber, sowie über die erfolgte Beobachtung (wenn möglich auf den entsprechenden Ursprungs- und Gesundheitszeugnissen eine Bescheinigung aus. Ege die Untersuchung stattgefunden hat und die Tiere für gesunde und seuchenbedachtfrei erklärt sind, dürfen sie nur zur Schlachtung am Beobachtungsort aus dem Stall entfernt werden.
Zu widerhandlungen gegen diese Anordnungen werden gemäß §§ 74 und 76 des Viehseuchengesetzes bestraft. D.3.15
Karlsruhe, den 21. Februar 1924.
Bezirksamt II und Polizeidirektion B.

Bad. Gesetz u. Verordnungsbl.
Jahrgänge 17—23
Reichsgesetzblatt
Jahrgänge 18—23
billig zu verkaufen B.548
Kommunalverband
Wosbach i. Baden.
B.555.2. Bühl. Der minderj. Heinrich Jos. Eberl, betr. durch den Amtsvorstand Carl Sed in Ulm. Prozeßbev.: R. A. Doeffel in Bühl, laßt gegen Landwirt Hermann Frank, früher in Wornbach, zurzeit unbekanntem Aufenthalt, unter Berufung auf dessen Unterhaltsverpflichtung gem. § 1708 BGB. und § 323 CPO, mit dem Antrage auf Abänderung des Urteils des Amtsger. Bühl vom 8. I. 1923 und vorläufig vollstreckbare kostenfällige Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von nunmehr 25 Goldmark monatlich, vierteljährlich vorauszahlbar jeweils am 21. April, 21. Juli, 21. Oktober und 21. Januar jeden Jahres. Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird Beflagter vor das Amtsgericht in Bühl, Zimmer Nr. 2, auf Montag, den 28. April 1924, nachmittags 3 Uhr, geladen.
Bühl, 20. Febr. 1924.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Rothholzersteigerung
des Bad. Forstamts Dur-lach aus Staatswaldungen am Freitag, den 29. Februar 1924, früh 9 Uhr, im Saale des Gasthauses zur „Aume“ in Dur-lach:
1. aus Distrikt I Goh-berg, Abt. 2, 5, 8, 9 und 10: 7 Fichten III./V., 6 Rothbuche I./IV., 4 Bir-ken V., 63 Fichtenstämme II./VI., 1 Fichten- und 1

Forstenabschnitt II./III. mit auf. 40,12 Fektm.; 110 Nadelholzbaustangen I./II., 235 Hagstangen, 300 Hopfenstangen I./III., 90 Reb-steden I./II.; 13 St. buschene Kuschelreiter I.
(Vorgeiger ist Forstwart Volk in Wöckelbach).
2. aus Distrikt III Ritt-ner, Abt. 1, 5, 10, 12, 14 bis 19: 60 buch. Wagner-stangen I., 150 ficht. Baustangen I./II., 580 Hopfenstangen I./IV.; ferner Kuschelholzstere: eichene 2 I., 28 II., teilweise 1,2 Meter lang, Buchene 28 II. (Vorgeiger ist Förster Reich im Rittnerwald beim Thomashof). B.558

Stammholz.
Stangenversteigerung.
Die Gemeinde Oberwei-er, Amt Ettlingen, läßt am Donnerstag, den 28. Februar d. J., aus ihrem Gemeindegeld folgende Stöcker versteigern:
43 Stüd Eichen von 6,40 Fektm. abw.
5 Stüd Eichen von 0,87 Fektm. abw.
3 Stüd Kappeln von 0,60 Fektm. abw.
2 Stüd Buchen von 1,11 Fektm. abw.
2 Stüd Erlen von 0,60 Fektm. abw.
6 Stüd Fichten von 1,91 Fektm. abw.
1 Forle von 0,40 Fektm. abw.
1 St. eichen Kuchholz.
67 Stüd Baustangen I. II., 305 St. II. II., 171 Stüd Hagstangen.
211 Stüd Hopfenstangen I. II., 42 St. II. II., 89 St. III. II., 78 St. IV. II. II.
35 Stüd Rebsteden.
Die Zusammenkunft ist vormittags 1/10 Uhr beim Rathaus. D.129.2.1.
Auszüge werden auf Verlangen vom Gemeindegeldnehmer bezm. Waldmeister Dürer ausgefertigt.
Oberweier, 20. Febr. 1924.
Der Gemeinderat:
Dürer.

Forstamt Triberg ver-
kauft aus den Staatswaldungen freihändig rund 765 Fektm. Redellangholz, worunter rund 470 Fektm. Mastenholz sind, in 10 Losen. — Die 6 Lose Mastenholz können in einem abgegeben werden. — Schriftliche Angebote in Prozenten der Stuttgarter Goldmarkrundpreise für den Fektm. der einzelnen Klassen erbeten bis spätestens Montag, den 3. März 1924, abends 8 Uhr. Zahlungsbedingungen vom 15. Januar 1924. Losauszüge vom Forstamt. Vorgeiger der Stöcker: Forstamtskämmerer Lehmann in Sch-nach (Elsbach) Post Ober-pfenthal und Oberforst-wart Kätle in Rottbards-dera. Post Schonach B.547
Effentliche Versteigerung alter, für Eisenbahnwe-de nicht mehr geeigneter Ge-räte, darunter Feuerstrei-zen, Kochherde, Wäsdien, Schränke, Reststellen gegen Barzahlung am Dienstag, den 26. Februar, vormit-tags 8 Uhr beginnend, im Gerätehauptlager Karls-ruhe, alter Personenbahn-hof (Eingang Klippurrer-strasse). B.499.2.1.
Karlsruhe, 16. Febr. 1924.
Reichsbahnverwaltung —
Materialamt.